

Vereinbarung zu Sachfragen zwischen der SPD und CDU Ludwigshafen für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 des Stadtrates Ludwigshafen

Präambel

Aus gemeinsamer Verantwortung für die Zukunftsentwicklung der Stadt Ludwigshafen am Rhein im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt, verabreden die SPD und CDU Ludwigshafen, trotz unterschiedlicher politischer Identitäten nachfolgend genannte Sachinhalte:

Die Sachthemen werden gemeinsam vertreten. Darüber hinaus gehende Themen werden jeweils verhandelt und in einer sachdienlichen Kommunikation abgestimmt.

Anträge für den Stadtrat und Ausschüsse werden rechtzeitig miteinander kommuniziert und abgesprochen. Bei Meinungsverschiedenheiten wird eine Runde bestehend aus der gleichen Anzahl von Vertretern der Partner sowie dem Stadtvorstand einberufen und Einvernehmen hergestellt. Wechselnde Mehrheiten werden ausgeschlossen.

1. Sicherung des Finanzaufkommens und Konsolidierung des städtischen Haushalts

Die bereits Mitte der 90er Jahre begonnene Konsolidierung des städtischen Haushalts wird fortgeführt. Auf der Basis des von dem Beratungsunternehmen PWC durchgeführten Benchmarkvergleichs mit anderen Städten und dessen Ergebnisses ist es das Ziel, in den kommenden fünf Haushaltsjahren soviel wie möglich, mindestens jedoch 18 Millionen Euro an Kosten einzusparen. Hierbei sollen insbesondere die Arbeitsabläufe und Standards innerhalb der Verwaltung überprüft werden, inwieweit sich durch veränderte Strukturen Einsparpotentiale ergeben. Dabei soll zunächst auf die Fachkompetenz der eigenen Verwaltung zurückgegriffen werden. Bei Bedarf kann projektbezogen externe Hilfe in Anspruch genommen werden.

Betriebsbedingte Kündigungen werden ausgeschlossen. Andere personalwirtschaftliche und -organisatorische Maßnahmen mit dem Ziel der Kostenreduzierung werden unterstützt.

Darüber hinaus verständigen sich die Partner auf eine Reduktion des Haushaltsvolumens im investiven Bereich für die Haushaltsjahre 2010 und 2011. Hierzu wird bis zu den jeweiligen Haushaltsberatungen eine Arbeitsgruppe sämtliche geplanten Investitionen auf den Prüfstand stellen und diese deutlich reduzieren bzw. priorisieren.

Auch die Einnahmen sollen verbessert werden. Die Möglichkeiten von Steuern-, Gebühren- und Pachterhöhungen sind zu prüfen und umzusetzen, soweit sich keine negativen Folgeauswirkungen für den Haushalt ergeben werden. Dies gilt auch für die Gewerbesteuer in Verbindung mit der Vereinbarung der BASF hinsichtlich der Ergebnisabführungsverträge zu Gunsten der Stadt Ludwigshafen.

Man ist sich einig, dass eine, das kommunale Steueraufkommen stabilisierende Gemeindefinanzreform notwendig ist. Hier sind Bund und Land gefordert. Ebenso bei der Gewährleistung des Konnexitätsprinzips.

2. Wirtschaft und Beschäftigung

Ludwigshafen ist das wirtschaftliche Kraftzentrum von Rheinland-Pfalz. Die Stadt hat dann eine gute Zukunft, wenn wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in Ludwigshafen neue Arbeitsplätze entstehen können und bestehende erhalten werden. Von der Wertschöpfung der Ludwigshafener Unternehmen profitieren die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger durch die Gewerbesteuer und die Attraktivität, die von den Unternehmen ausgeht.

Deshalb vereinbaren die Partner, sämtliche existierende Gewerbestandorte offensiv zu vermarkten, deren Belegung voran zu treiben und weitere Gewerbegebiete auszuweisen. Beispielsweise gilt dies für die Flächen in der Franz-Zang-Straße, am Rheinufer Süd für Büronutzungen für Dienstleister, etc. Das Gewerbegebiet am Bubenpfad / Giuliani soll arrondiert, die Entwicklungsachse West zur Ansiedlung vorbereitet und das Gewerbegebiet in Ruchheim "Nördlich A650" erschlossen werden.

Im Hinblick auf die Vermeidung von Arbeitslosigkeit vereinbaren die Partner, dass nach der Entscheidung im Bund zur Aufgabenwahrnehmung der GfA ein zentrales Anliegen der Stadt die Senkung der Arbeitslosenzahlen, vor allem der U25 sein muss. Integrationsprogramme, Pilot- und Förderprojekte sollen auf dieses Ziel ausgerichtet werden. Weitere Förderungen zu diesem Ziel sind auszuloten.

3. Lebensqualität und Wohnen

Die Ausrichtung der Wohnungsbaupolitik wird unverändert weiter geführt. Die Ausweisung von Ein- und Zweifamilienhausgebieten hat sich bewährt und hat dazu geführt, dass es mehr Zuzug in die Stadt gibt. Am Rheinufer Süd wird die Bebauung wie geplant hochwertig fortgesetzt. Die aktuelle Ausrichtung im sozialen Wohnungsbau, Renovieren und Restaurieren, ökologische Sanierung im Altbestand und Quartiererneuerung im Rahmen der sozialen Stadt wird fortgeführt. Bei Flächenrecycling wird darauf geachtet, dass auch das Segment kostengünstiges Bauen in Form von Einfamilienreihenhäusern bevorzugt ermöglicht wird.

Im Zentrum steht Energieeffizienz. Ludwigshafen gilt als heimliche Hauptstadt der Energieeffizienz. Dieses Label gilt es zu verteidigen und weiter auszubauen, beispielsweise durch das Null-Emissions-Quartier am Rheinufer Süd.

Das Sanierungsgebiet Nord – Hemshof wird abgeschlossen, das Sanierungsgebiet Innenstadt und Süd weiter forciert, um die Wohnbaustruktur und damit die Sozialstruktur im Sinne des Stadtumbaus „Heute für Morgen“ nachhaltig zu stabilisieren und zu verbessern.

Die Lebensqualität der Stadt wird vor allem durch Grünanlagen, Grünzüge, Spielplätze und Parkanlagen bestimmt. Im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten werden der Ebertpark und die übrigen städtischen Grünanlagen gepflegt und kostengünstig weiter entwickelt.

4. Soziale Innovation, Jugend, Bildung und Integration

Es ist zu beobachten, dass sogenannte „weiche Faktoren“ mehr über die Zukunftsfähigkeit eines Standortes aussagen als die unter 2. genannten makroökonomischen Daten. Dies werden die Partner berücksichtigen. Hierbei werden Megatrends wie Kinderfreundlichkeit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Lebensqualität, kulturelle Angebote und Attraktivität für die immer älter werdende Bevölkerung besonders beachtet.

Zu diesen weichen Faktoren zählen vor allem Bildung und Integration: Sie sind die Megathemen der Zukunft. Die Partner wollen die eingeleitete Bildungsoffensive im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten mit Investitionen in Schulen, Ausbau von Ganztagschulen fortsetzen und die dritte integrierte Gesamtschule umsetzen. Die gesetzlichen Anforderungen an den Ausbau von frühkindlicher Bildung und Kindergartenbetreuung (einschließlich Erhalt der Trägervielfalt) sowie die Etablierung der Realschule Plus werden von den Partnern im Bereich Bildung die höchsten Anstrengungen erfordern. Wegen der Versorgung von Kindern im Stadtteil Süd, wird sowohl der Neubau einer Kita als auch einer Grundschule angestrebt. Die Partner vereinbaren deshalb, dass sie gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen werden, die gesetzlichen Vorgaben umfänglich aber so kostengünstig und intelligent als möglich umzusetzen. Im Rahmen der Umsetzung der Konjunkturprogramme haben die Erich-Kästner-Schule und die Georgens-Schule Priorität.

Gemeinsames Ziel der Partner ist es, vor allem auch jungen Migrantinnen und Migranten zu einer guten Schulausbildung zu verhelfen. Zu diesem Zweck sollen alle schulischen, außerschulischen, staatliche, geförderten, privaten oder Trägermaßnahmen zusammengestellt werden und im Sinne eines übersichtlichen Programms für Schüler, Lehrer, Eltern, Erzieher und die Leistungserbringenden zusammengefasst werden. Darüber hinaus soll die Vernetzung von Schule und Jugendhilfe weiterhin gefördert werden. Ziel der Partner ist es, dass Ludwigshafen eine familienfreundliche Stadt ist, in der sich vor allem junge Familien mit Kindern wohl fühlen und ansiedeln und die Stadtgesellschaft beleben.

5. Innenstadt und Stadtteile

Die Stadtteile und die Innenstadt haben für die Zukunftsentwicklung und das Leben der Menschen gleiche Bedeutung.

Die eingeleiteten Veränderungen zur Rückgewinnung von Kaufkraft und das Anbieten von Einkaufsgelegenheiten in der Innenstadt werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten fortgeführt. Die Rheingalerie wird in die Innenstadt integriert und das Stadtumbauprogramm „Heute für Morgen“ wird fortgeführt. Bei der Verausgabung der EFRE- und Stadtumbauittel wird sorgfältig deren Notwendigkeit überprüft, die geförderten Maßnahmen werden im Rahmen der Möglichkeiten umgesetzt. Auch die attraktiven Events zur Belebung der Innenstadt sollen fortgeführt werden.

Den Partnern ist die Gestaltung und Erhalt der Lebensqualität in den Stadtteilen, die sozialen Netzwerke in den Kirchen und Vereinen vor Ort sowie eine gute Nachbarschaft wichtig. Deshalb gilt es diese Strukturen zu erhalten, zu pflegen und zu unterstützen.

6. Kultur, Sport und Freizeit

Die Partner erkennen an, dass die Angebote in diesem Bereich für die Lebensqualität und die Attraktivität der Stadt von höchster Bedeutung sind. Deshalb wird festgelegt, dass der Kulturetat erhalten wird und das Kulturangebot durch weiteren Ausbau unter anderem von Kooperation in der Metropolregion weiter profiliert werden soll. Das Filmfestival auf der Parkinsel, Kultursommer, Inselfommer, private Theater, Kunstverein, etc. sollen erhalten bleiben und gefördert werden.

Trotz angespannter Finanzsituation behält die Sportförderung in der Stadt einen hohen Stellenwert. Eine realistische Finanzierung der Sanierung des Willersinn-Bades unter hoher finanzieller Beteiligung des Landes wird angestrebt.

Der Auftritt der Stadt Ludwigshafen und die Marketingkonzeption für die Zukunft sollen weiterentwickelt werden; dies gilt ebenso für Messen, Märkte, kleinere Events, Wochenmärkte in den Stadtteilen, etc..

7. Verkehr, Lärm, Sicherheit und Umwelt

Eine gute Erreichbarkeit, Mobilität und Sicherheit vor allem an den Verkehrsknotenpunkten und ein leistungsfähiger ÖPNV sind für die Lebensqualität einer Stadt unverzichtbar.

Bei der Sanierung und dem Ausbau von Straßen muss auf die finanzielle Situation der Stadt Rücksicht genommen werden. Dies gilt sowohl für das Straßenausbauprogramm als auch für die Sanierung der Hochstraße Nord, etc. Hier sind vor allem Mittel aus Bund und Land einzufordern.

Die Partner verpflichten sich auf eine nachhaltige Umweltpolitik; beispielsweise durch die Unterstützung von energetischen Sanierungen in Sanierungsgebieten durch energiesparendes Bauen bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft sowie Lärmschutzmaßnahmen entlang der Verkehrsachsen.

8. Kooperationen und Daseinsvorsorge

Die Partner sind sich einig, dass die für die Daseinsvorsorge verantwortlichen Unternehmen in kommunaler Trägerschaft erhalten werden sollen. Im Gegenzug werden die dringend erforderlichen, nachhaltigen auf den Wettbewerben bezogenen eventuell erforderliche Neuausrichtungen, Konsolidierungen, Umstrukturierungen und Kooperation von den Partnern unterstützt.

Der Veränderung in der Sparkassenlandschaft wird dahingehend Rechnung getragen, dass man für Fusionen in der Vorderpfalz offen ist.

Im Konzern Stadt ist ständig zu prüfen, in wie weit eine Verbesserung der Zusammenarbeit untereinander erzielt werden kann, beispielsweise durch die Nutzung von Synergien zur Verbesserung der jeweiligen Wirtschaftlichkeit.